

Dieser Banker will in die Politik und verzichtet dafür auf Millionen

Bekannt ist Zeno Staub als Vontobel-Chef. Nun versucht er, seine Wirtschaftskarriere einzutauschen für eine Zukunft als Nationalrat.

Florence Vuichard

Es ist der Wirtschaftstransfer des Wahlherbstes: Der langjährige Vontobel-Chef Zeno Staub verlässt die renommierte Zürcher Privatbank, ein börsenkotiertes Geldhaus mit einem Kundenvermögen von gut 200 Milliarden Franken und rund 2200 Mitarbeitenden weltweit. Denn er will künftig als Nationalrat auf der nationalen Politbühne mitmischen.

Eine Seltenheit. Denn sie sind rar geworden, die grossen Wirtschaftskapitäne, die für ein politisches Amt kandidieren. Die Gruppe der viel beschworenen Unternehmer setzt sich heute mehrheitlich zusammen aus kleinen Gewerbetreibenden und jenen, die eine Beraterfirma gründen oder ein Anwaltsbüro betreiben, um ihre Mandate zu bündeln.

Und Topmanager, so scheint es, meiden Bundesbern generell. Mit Wehmut trauern deshalb die Wirtschaftskreise immer wieder den längst vergangenen Zeiten nach, als ihre Interessen im Bundeshaus von «Schwergewichten» wie Ulrich Bremi oder Peter Spälti vertreten wurden, die neben ihrer Parlamentarierarbeit auch noch als Verwaltungsräte grosser Firmen amtierten.

Bemerkenswerte Wahl: Mitte statt FDP

Nun will also Zeno Staub, aufgewachsen im St. Galler Rheintal und seit rund 30 Jahren Wahlzürcher, in ihre Fussstapfen treten. Doch der 54-jährige Banker ist anders. Im Gegensatz zu den früheren Wirtschaftsgränden mit Politmandat hat er sich für die Mitte und damit auch gegen die selbst ernannte Wirtschaftspartei FDP entschieden. Der einst alles dominierende Zürcher Freisinn hat keine in der Wirtschaftswelt so gewichtige Kandidatur zu bieten.

Staub begründet seine Parteiwahl mit den Werten, für welche die Mitte stehe. Aber letztlich ist die Partei auch eine Frage der Herkunft, des Milieus. Es ist eine Familienangelegenheit. Sein Vater, katholischer Hauswart am Gymnasium, das sein Sohn später besuchen sollte, war Mitglied in der CSP, des etwas arbeiterfreundlicheren Flügels der Mitte-Vorläuferin CVP. Seine Frau Vera Kupper Staub, national bekannt als Präsidentin der OBERAUFSICHTSKOMMISSION für die Berufliche Vorsorge, präsidiert die Mitte-Sektion des gehobeneren Kreis 7 in Zürich, wo das Paar auch wohnt. Die beiden erwachsenen Töchter studieren.

In den Stammländern wird die Mitte durchaus auch als Wirtschaftspartei gesehen, im Wirtschaftsmotor Zürich hingegen bekommt sie erst jetzt mit der Kandidatur von Staub ein gewisses Gewicht. «Er ist ein Glücksfall für die Partei», sagt denn auch Mitte-Präsident Gerhard Pfister. Umso mehr als



In der Energiepolitik nervt sich Zeno Staub über die vielen «Ideologen in ihren Schützengräben».

Bild: Michel Canonica

«Ein Unternehmer will erfolgreich sein. Er kämpft für sein Unternehmen, nicht für einen gut funktionierenden Wettbewerb, von dem alle profitieren.»

Staub nicht nur ein attraktives Aushängeschild sei, sondern sich auch inhaltlich aktiv einbringe, ergänzt Pfister. Und er gehe auch auf die Strasse, um Unterschriften zu sammeln.

Die Partei ist nicht das einzige, was Staub von anderen Wirtschaftskapitänen unterscheidet. Anders als viele von ihnen erkennt er Unterschiede zwischen unternehmerisch und politisch sinnvollen Lösungen. «Ein Unternehmer will erfolgreich sein», sagt er im Gespräch mit CH Media, «er kämpft – völlig zu Recht – für sein Unternehmen, nicht für einen gut funktionierenden Wettbewerb, von dem alle profitieren.» Reale, politische Fragen liessen sich nicht mit dem Volkswirtschaftslehrbuch aus dem ersten Semester lösen. Der Markt löse bei weitem nicht alle Probleme. Deshalb brauche es einen «starken sowie schlanken und effizienten Staat».

120 000 statt 2,4 Millionen Franken Lohn

Staub lobt zwar den Milizgedanken, ist sich aber bewusst, dass das oft verherrlichte Modell des alles könnenden Unternehmers, der gleichzeitig auch noch in der Politik und im Militär Karriere macht, heute aufgrund der gestiegenen Komplexität nicht

mehrfunktioniert. «Ich war jetzt 30 Jahre erfolgreich in der Wirtschaft», sagt er. Nun sei die Politik dran. Dafür nimmt Staub auch eine massive Lohneinbusse in Kauf: Er tauscht sein Bankerjahrensalär von 2,4 Millionen Franken ein gegen eine potenzielle Nationalrats-Entschädigung von rund 120 000 Franken – inklusive Spesenbeiträge.

Und auch das ist alles andere als sicher. Staubs Wahlchancen seien «überschaubar», sagen seine Mitte-Mitstreiter. Umso mehr als er nicht auf der Hauptliste kandidiert, sondern auf der Mitte-Nebenliste Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft (AWG). Der Banker selbst lässt sich davon nicht entmutigen. Er hat ausgerechnet, dass er letztlich «nur» 10 000 Wählerinnen und Wähler überzeugen müsse, seine AWG-Liste einzuwerfen. «Das ist machbar.» Die AWG hat für ihren Wahlkampf in Zürich und ihren Spitzenkandidaten Staub ein Budget von rund 150 000 Franken.

Doch ganz egal ob er nun gewählt wird oder nicht: Staub will künftig die Hälfte seiner Zeit für Politik aufwenden. Er hat im Mai von seiner Frau das AWG-Präsidium in Zürich übernommen und wird dort auch in Zukunft aktiv mitarbeiten, wie er

betont. Und für seine Werte kämpfen, «für wirtschaftlich liberale, umweltbewusste und national-selbstbestimmte Lösungen».

Strom und Banken, das sind seine Themen

Was ihn vor allem umtreibt, ist die Energiepolitik. Hier redet sich der eher zurückhaltend wirkende Banker ins Feuer. Er nervt sich über die vielen «Ideologen in ihren Schützengräben», also über jene etwa, die glaubten, der dringend benötigte zusätzliche Strom liesse sich allein mit ein paar Panels auf ein paar Häusern im Mittelland generieren. Oder über jene, die einzig ihrem AKW-Traum nachhingen, «obwohl allen klar sein müsse, dass vom Planungsstart bis zur Inbetriebnahme eines neuen AKWs 25 Jahren verstreichen».

Um die Stromproduktion im Vergleich zu heute von gut 50 auf rund 80 Terawattstunden zu erhöhen, brauche es letztlich alles: Dezentral montierte Solarzellen auf möglichst vielen Häusern, mehrere Grosssolaranlagen im alpinen Raum, Windräder und ein Ende des «Technologieverbots», sprich des AKW-Verbots, damit die Schweiz in der Nuklearenergie wieder Kompetenzen aufbauen könne.

Sonst drohe in nicht allzu weiter Zukunft tatsächlich ein Blackout – mit nicht absehbaren Folgen. «Wir sollten uns bewusst sein: Zwischen unserer demokratisch organisierten Zivilisation und dem Chaos sind nur gerade 48 Stunden», sagt Staub. «Ein Blackout ist schlimmer als ein Grounding der nationalen Airline oder eine Grossbankrettung.»

Unmittelbar im politische Alltagsgeschäft ist freilich die CS-Rettung und ihre Aufarbeitung viel präsenter als ein möglicher Blackout. Für Staub Glück im Unglück, schliesslich kann der Ruf der Banker nicht wirklich weiter sinken. Seine Expertise hingegen könnte nützlich sein, schliesslich muss die Schweiz in der nächsten Legislatur ihr XXL-UBS-Problem lösen und ihre Aufsichtsinstrumentarium verfeinern. Hier bringt sich Staub schon aktiv bei der Mitte ein und verfasst etwa Arbeitspapiere zuhanden des Präsidiums und der Fraktion.

«Wir müssen jetzt genau analysieren, weshalb bei der CS keine Sanierung und kein staatlich begleiteter Sterbeprozess eingeleitet wurde», sagt Staub. Oder anders gesagt: Wieso die über Jahre erarbeitete «Too big to fail»-Gesetzgebung nicht ge-griffen habe. «Und dann müssen wir je nach Erkenntnissen der Expertenkommission des Finanzdepartements und der PUK die Gesetze und die Auflagen entsprechend anpassen.»

Banking, das kennt Staub. Nach seinem HSG-Volkswirtschaftsstudium wollte er bei einer Bank ein Praktikum machen und hat sich in St. Gallen bei sieben Banken beworben. Er kassierte sechs Absagen, die mittlerweile im Steuerstreit mit den USA untergegangene Wegelin-Bank von Konrad Hummler hingegen nahm ihn auf.

Hummler und sein Professor, der Finanztheoretiker Heinz Zimmermann, unterstützen ihn dann auch, als er zusammen mit einem Freund eine eigene Softwarefirma gründete, die sich auf die Beratung von Regionalbanken spezialisierte. Nach dem Verkauf der Firma im Jahr 2000 wechselte er zu Vontobel, wo er Karriere machte und 2011 den Chefposten übernahm.

Staub wird Vontobel treu bleiben. Den Chefposten gibt er zwar ab im April 2024, nach einem Anstandsjahr, das er den Regeln guter Unternehmensführung folgend einlegt, soll er im Frühjahr 2025 in den Verwaltungsrat der Privatbank gewählt werden. Zudem ist Staub auch Verwaltungsrat bei der weltweit tätigen, auf Getreideverarbeitung und vieles mehr spezialisierten Bühler-Gruppe. Bühler wie auch die börsenkotierte Vontobel-Bank sind beides Unternehmen, bei denen die Gründerfamilie weiterhin das Sagen hat.

Familienangelegenheiten scheinen Staub zu behagen, in der Wirtschaft wie in der Politik.

Zeno Staub
Vontobel-Chef